

DIREKT

Information der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund



Gute Begegnungsstätten für Senioren

DORTMUND. Der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit hatte die Verwaltung auf Antrag der SPD-Fraktion 2014 beauftragt, im Dialog mit den Wohlfahrtsverbänden ein Konzept für die Seniorenarbeit in Begegnungsstätten zu erarbeiten.

Ferner wurde die Verwaltung beauftragt, eine Prioritätenliste von nutzungsbedingtem notwendigen seniorengerechten Umbau und Instandhaltungsmaßnahmen in den Seniorenbegegnungsstätten in städtischen Gebäuden aufzustellen. Dem Finanzausschuss lag für die Mai-Sitzung nun eine erste Prioritätenliste mit 19 zu sanierenden Begegnungsstätten vor und die SPD-Fraktion fordert die Konkretisierung und Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen.

„Es wird dringend Zeit, dass sich die Stadt um ihre Begegnungsstätten kümmert. Viele dieser Gebäude müssen grundsaniert und barrierefrei gestaltet werden. Auch die technische Ausstattung der Begegnungsstätten ist größtenteils nicht mehr zeitgemäß“, begrüßt der Vorsitzende des Sozialausschusses Michael Taranczewski die geplanten Sanierungen der Seniorenbegegnungsstätten.



Michael Taranczewski

Weiterentwicklung ortsnaher Angebote

Ziel ist nicht nur die Sicherung der Seniorenarbeit in den Begegnungsstätten sondern auch die Fortentwicklung der wohnortnahen Angebote sowie die Förderung des ehrenamtlichen Engagements. Mit Beratungsangeboten und niedrigschwelligen Hilfen mit professioneller Unterstützung soll die selbstständige Lebensführung älterer Menschen gestärkt und der Bedarf an zusätzlichen stationären Einrichtungen vermieden werden. Die beachtliche Finanzierungs- und Umsetzungsplanung für diese Maßnahmen wird in einem nächsten Schritt erfolgen und in das Jahresarbeitsprogramm 2017 der Stadtverwaltung aufgenommen.

Auch Heinz-Dieter Düdder, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, drängt auf eine auskömmliche Finanzierung der Sanierungsarbeiten. „Wir erwarten

von der Verwaltung, dass sie die Modernisierungsbedarfe ihrer Begegnungsstätten weiter qualifiziert und quantifiziert. Die Finanzmittel müssen jetzt schon in den Haushaltsplanentwurf für 2017 miteinfließen, damit die Stadt den Sanierungsstau endlich angehen kann. Den Arbeitskonzepten müssen auch die baulichen und technischen Voraussetzungen folgen.“



SPD-Ratsfraktion im Stadtbezirk Mengede

Politik unterwegs: Die SPD-Ratsfraktion hat ihre Stadtbezirks-Bereisungen dieses Mal in Mengede fortgeführt,

um sich direkt vor Ort ein Bild von den Stärken und Schwächen der einzelnen Stadtteile zu verschaffen. Bei

der Fahrt durch das größte zusammen hängende Naturschutzgebiet Dortmunds „Im Siesack“ (rund 170 Hektar

groß) wurde ein kurzer Halt auf der Kanalbrücke an der Altmengeder Straße eingelegt. Foto: Nils Heimann

Langzeitarbeitslose im Blick

Resolution an den Bund, um eine effektivere Bekämpfung der Problematik einzufordern

Trotz einer guten Konjunktur und eines wachsenden Arbeitsmarktes verharrt die Langzeitarbeitslosigkeit in Dortmund auf einem hohen Niveau. Hintergrund dieser Fehlentwicklung ist der strukturelle Verlust des sogenannten Helferarbeitsmarktes, also des Arbeitsmarktes für geringqualifizierte Helfertätigkeiten.

SPD-Fraktion befürwortet ausdrücklich das Vorhaben der Verwaltung, die kommunale Arbeitsmarktstrategie fortzuführen. Mit dem neuen vier-Säulen-Modell haben wir ein Instrument, mit dem wir zum einen schon vorbeugend in den Schulen gegen eine Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit vorgehen können.

Zum anderen ist auch der Fokus auf jugendliche Arbeitslose unter 25 genau richtig. Hier können wir Chancen aufzeigen, die Jugendlichen

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund fordert darüber hinaus aber weiterhin die Einführung eines sozialen Arbeitsmarktes auf Bundesebene und unterstützt Forderungen an den Bund, die Kommunen mit ausreichenden Mitteln zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit auszustatten.

„Durch einen sozialen Arbeitsmarkt hätten wir in Dortmund die Möglichkeit langzeitarbeitslosen Menschen wirkliche Perspektiven zu schaffen und ihnen Chancen,

der Privatwirtschaft geschaffen werden. Deshalb haben wir als SPD-Ratsfraktion eine Resolution an die Bundesregierung gestellt, auf Bundesebene endlich die Grundlagen für einen sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen“, so Renate Weyer abschließend.

Lage am Dortmunder Arbeitsmarkt

Die Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit, Astrid Neese, hat der SPD-Fraktion die aktuellen Entwicklungen auf dem Dortmunder Arbeitsmarkt vorgestellt. Die Ratsvertreter nahmen interessiert zur Kenntnis, dass der positive Trend mit sinkenden Arbeitslosenzahlen auch in Dortmund ankommt. Sorgen macht allerdings der unverändert hohe Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit. Hierdurch betroffen sind auch Familien und Kinder in den Bedarfsgemeinschaften.

Volkan Baran, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion fordert: „Hier müssen dringend arbeitsmarktpolitische Schwerpunkte gesetzt werden, um Perspektiven für alle Betroffenen zu schaffen.“



„Der Fokus auf jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren ist genau richtig.“

Ulrike Matzanke, stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende

motivieren und ein Entstehen von Langzeitarbeitslosigkeit bereits im Keim ersticken. Wir werden so auch weiterhin städtisches Geld in die Hand nehmen und Kürzungen des Bundes kompensieren, um Arbeit zu schaffen und den Menschen Perspektiven aufzuzeigen.“

langfristig wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können, eröffnen zu können.

Mit Hilfe dieses sozialen Arbeitsmarktes sollen Einfacharbeitsplätze für arbeitsmarktfremde Personen bei verschiedensten Arbeitgebern der öffentlichen Hand, bei gemeinnützigen Trägern und



Sprachen über die aktuelle Lage am Dortmunder Arbeitsmarkt (v.l.): Die stellv. Fraktionsvorsitzenden Volkan Baran und Renate Weyer, Astrid Neese (Agentur für Arbeit Dortmund), Ulrike Matzanke (stellv. Fraktionsvorsitzende) sowie der Fraktionsvorsitzende Norbert Schillf und der Geschäftsführer Christian Uhr. Fotos: SPD

Neuorganisation der Bürgerdienste

SPD fordert Maßnahmenliste

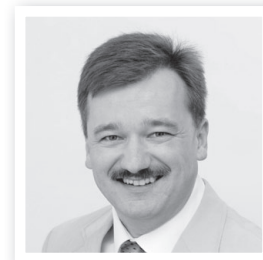
DORTMUND. Lange Zeit galt Dortmund als Vorzeigestadt mit einer besonders bürgernahen und bürgerfreundlichen Verwaltung und wurde mit Preisen wie z.B. mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet. An diesem Erfolg hatten die Bürgerdienste Dortmund mit ihren unzähligen persönlichen Kontakten in der Innenstadt und den neun Außenstadtbzirken einen ganz erheblichen Anteil.

Für die SPD-Fraktion ist diese Bürgernähe in den Vororten unverzichtbar. Thomas Töchl, personalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion erklärt: „Der Service für die Bürger der Stadt darf nicht schlechter werden. Wir werden die erforderliche Neuorganisation der Bürgerdienste nutzen, um Mängel und Unregelmäßigkeiten in den Arbeitsprozessen dauerhaft abzustellen. Dies geht nur mit einer vernünftigen Personalausstattung.“

„Auf Antrag der SPD-Ratsfraktion wird zukünftig im Ausschuss für Bürgerdienste regelmäßig über die Neuorganisation bei den Bürgerdiensten berichtet.“

Wir erwarten, dass die Bürgerdienste für die wachsenden Aufgaben unter veränderten Rahmenbedingungen angepasst und zukunftssicher aufgestellt werden. Neben der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit in der Leistungserbringung sind uns Kundenorientierung und Mitarbeitermotivation besonders wichtig.

Der Personalbedarf muss neu ermittelt und fehlende Stellen kurzfristig durch externe Einstellungen gedeckt werden. Nur so ist die aktuelle Arbeitssituation bei den Bürgerdiensten zeitnah zu verbessern.“ so Dirk Goosmann abschließend.



„Der Service für die Bürger der Stadt darf nicht schlechter werden.“

Thomas Töchl, personalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

War man in der Vergangenheit stolz darauf, bei mit kurzer Wartezeit möglichst viele Verwaltungsaufgaben an einer einzigen Stelle erledigen zu können, kann davon seit einiger Zeit nicht mehr die Rede sein. Vielmehr sind lange Schlangen und überlastete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Regel.

Dirk Goosmann, ordnungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sieht Dortmund mit diesem Problem durchaus nicht alleine. „Auch in den umliegenden Ruhrgebietsstädten klagen die Bürger über extreme Wartezeiten in den Verwaltungsstellen.“

Die Gründe sind überall gleich: Mehr Verwaltungsaufwand durch Änderungen des Meldegesetzes bei einer immer dünner werdenden Personaldecke. Momentan verschärft sich die Situation noch durch einen zusätzlichen Andrang vor den Ferien.“

Trotz schwieriger Voraussetzungen konnten durch bewährte Strukturen und das umfassende Dienstleistungsangebot in den Bezirksverwaltungsstellen Kundenzufriedenheit und Bürgernähe über lange Zeit sichergestellt werden.



„Die Gründe sind überall gleich: Mehr Verwaltungsaufwand durch Änderungen des Meldegesetzes bei einer immer dünner werdenden Personaldecke.“

Dirk Goosmann, ordnungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion



Impressum
Verantwortlich für den Inhalt:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund
Christian Uhr | Fraktionsgeschäftsführer
Friedensplatz 1 | 44135 Dortmund
Tel.: 0231-5024380 | Fax: 0231-579147
fraktion@spd-fraktion-dortmund.de
www.spd-fraktion-dortmund.de

